

# **Forschungsprojekt ROBau – Steckbriefe der entwickelten Instrumentenansätze**

ROBau – Instrumente der RaumOrdnung für mehr WohnungsBau neu denken  
Forschungsprojekt der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg im Rahmen des Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Mehr Wohnungsbau ermöglichen: Raumordnung und interkommunale Kooperation als Wege aus der Wohnungsnot“ (2024-2026)

# 1. Kompetenzstärkung Wohnbauentwicklung für Kommunen

## Instrumentencluster / Handlungsfeld

Beratung und Unterstützung (inkl. Anreizsysteme)

## Instrumententyp

Informeller Instrumentenansatz (flankierend)

## Kurzbeschreibung

Der Instrumentenansatz zielt darauf ab, Kommunen durch eine gezielte Kompetenzstärkung bei der Aktivierung von Wohnbaupotenzialen zu unterstützen. Dazu sollen zum einen Informationen unterschiedlicher Stellen in einer zentralen Schnittstelle gebündelt werden. Mögliche Themen sind insbesondere planungsbezogene Rechtsfragen, Informationen zu Innenentwicklung, Infrastrukturfolgekosten bei der Wohnsiedlungsentwicklung, nachhaltige und verdichtete Bauweisen sowie Fördermöglichkeiten. Darüber hinaus sollen für den Wissenstransfer zwischen kommunaler, regionaler und Landesebene zu nachgefragten Schwerpunktthemen geeignete Formate entwickelt und durchgeführt werden. Ein Fokus liegt dabei, bedingt durch knappe Ressourcen in den Kommunen, auf digitalen, asynchron abrufbaren Formaten (z.B. Video, Podcast). Auch ein Andocken an bereits bestehende Formate und/oder Netzwerke ist hierbei zu prüfen, um Synergieeffekte zu erzielen.

## Ziele

- Stärkung der kommunalen Planungskompetenz
- Verbesserung der Informationslage u.a. über rechtliche Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten
- Abbau von Vorbehalten gegenüber verdichtetem oder gefördertem Wohnungsbau
- Aufbau eines Netzwerkes zum interkommunalen Austausch
- Vertrauensbildung zwischen Kommunen, Regionen und Land

## Wirkungsgrad / Implementierungsaufwand / Querbezüge

Wirkungsgrad	mittel (v.a. bei Verstetigung)
Implementierungsaufwand	gering bis mittel
Querbezüge (Synergien)	Fördermöglichkeiten, Anreizmechanismen, Monitoring, interkommunale Abstimmungen (Planungsstrategien), Mindestdichtevorgaben

## Good Practice Beispiele

- Großer Frankfurter Bogen: Kombination aus Förderinstrumenten und Initialberatung; niedrigschwellige Unterstützung zur Aktivierung kommunaler Wohnbaupotenziale; Gesprächsformate zu wachstumsbezogenen Herausforderungen, insbesondere im Rahmen der „Runden Tische Wohnen“; thematischer Austausch zur Siedlungsentwicklung und zur Koordinierung kommunaler Strategien.
- Baden-Württemberg: Regionale Abstimmungsprozesse unterstützt durch Informationsmaterialien wie die „Dichtebroschüre“; Einbindung von Kommunen in dialogbasierte Formate zur Vorbereitung regionaler Entwicklungsstrategien.

## Leitfragen für die weitere Ausgestaltung

- Wie können bestehende Beratungsangebote besser gebündelt und sichtbar gemacht werden?
- Wer soll die relevanten Informationen erfassen bzw. auswählen und die kontinuierliche Pflege der Schnittstelle übernehmen?
- Welche Unterstützungsleistungen werden von Kommunen tatsächlich nachgefragt?
- Wie wird der Wissenstransfer verstetigt (z. B. Plattform, Hotline, Podcast)?
- Was ist zielführend: thematische oder flächen-/akteursbezogene Formate?
- Wer moderiert die Formate bzw. wer setzt diese um (Land, Region, externe Stellen)?

## 2. Verknüpfung Förderinstrumentarium mit raumordnerischen Festlegungen

### Instrumentencluster / Handlungsfeld

Beratung und Unterstützung (inkl. Anreizsysteme)

### Instrumententyp

Informeller Instrumentenansatz (flankierend)

### Kurzbeschreibung

Der Instrumentenansatz fokussiert auf eine Verknüpfung unterschiedlicher Förderprogramme mit raumordnerischen Zielvorstellungen bzw. Schwerpunktsetzungen. Förderzugänge sollen dabei so ausgestaltet werden, dass sie sich an landes- oder regionalplanerischen Vorgaben zur Wohnsiedlungsentwicklung orientieren, etwa an Siedlungsschwerpunkten, Vorranggebieten, Dichtevorgaben oder Mengengerüsten. Dabei ist auch eine gezielte Förderung für ZO mit einem erhöhten Wohnungsbedarf innerhalb einer Region denkbar. Ebenfalls im Sinne der Raumordnung sind zudem Förderungen, die Kommunen bei der Wahrnehmung einer aktivierenden Rolle, d.h. etwa beim kommunalen Flächenerwerb zur Schaffung von Wohnraum, der Leerstands-beseitigung oder der Wohnraummobilisierung im Bestand, unterstützen. Anknüpfungspunkte für diese Förderzwecke bieten z.B. die Wohnraumförderung und die Städtebauförderung. Bereits bestehende Förderkulissen sollen daher auf Lücken, bezogen auf den Förderbedarf sowie auf Ergänzungsmöglichkeiten um raumordnerische Kriterien, überprüft und sofern möglich ergänzt werden. Bei ermitteltem Bedarf könnten auch neue Förderprogramme aufgelegt werden.

### Ziele

- Steuerung der kommunalen Bauleitplanung über positive Anreize
- Flankierung raumordnerischer Ziele durch finanzielle Hebel
- Aktivierung von Potenzialen in prioritären Entwicklungsgebieten
- Ergänzung der Zielbindung formeller Festsetzungen durch Fördermittel

### Wirkungsgrad / Implementierungsaufwand / Querbezüge

Wirkungsgrad	hoch (bei klarer, zielgerichteter Ausgestaltung der Förderbedingungen)
Implementierungsaufwand	mittel (Koordinationsaufwand mit Fördermittelgebern, juristische Prüfung nötig)
Querbezüge (Synergien)	Vorranggebiete, Mengengerüst, Monitoring, Innenentwicklung, Kompetenzstärkung/ Wissenstransfer

### Good Practice Beispiele

- Großer Frankfurter Bogen: Förderzuschläge und Initialberatung für Kommunen im Umkreis mit SPNV-Anbindung; gekoppelt an raumordnerisch definierte Kulisse.
- LEP Schleswig-Holstein: Berücksichtigung Zentraler Orte im kommunalen Finanzausgleich bei Wohnbauverantwortung.

### Leitfragen für die weitere Ausgestaltung

- Welche raumordnerischen Vorgaben eignen sich als Kriterien für den Fördermittelzugang?
- Wie kann die Verknüpfung bestehender Förderprogramme mit raumordnerischen Vorgaben rechtssicher und transparent ausgestaltet werden?
- Wie lassen sich positive Anreize so niederschwellig setzen, dass kleinere Kommunen bei Antragsstellung, dem Abruf der Mittel und der Umsetzung der Förderprojekte nicht überfordert werden?
- Können neben einer finanziellen Förderung auch flankierende Bonus- oder Wettbewerbssysteme eingesetzt werden?

### 3. Vorranggebiete in qualifizierten Siedlungsschwerpunkten

#### Instrumentencluster / Handlungsfeld

Weiterentwicklung Landes- und Regionalplanung

#### Instrumententyp

Formeller Instrumentenansatz

#### Kurzbeschreibung

Vorranggebiete können geeignete Flächen für die Wohnbauflächenentwicklung sichern und die dezentrale Konzentration der Siedlungsentwicklung auf räumlich gut geeigneten Standorten – insbesondere in qualifizierten Siedlungsschwerpunkten an Infrastrukturknoten – stärken. Ziel ist es, die Wohnraumentwicklung auf solche Standorte zu konzentrieren, die bereits eine leistungsfähige SPNV-/ÖPNV-Anbindung, zentrale Versorgungsfunktionen oder Entwicklungsdynamik aufweisen. Gerade im Siedlungsstern (Gestaltungsraum Siedlung) – als Schwerpunkt der Wohnsiedlungsflächenentwicklung im Kernraum der Hauptstadtregion – können mit Vorranggebieten die für die Wohnbauflächenentwicklung besonders gut geeigneten Potenzialflächen für die Nutzung gesichert werden (da der Siedlungsstern sowie die ZO im WMR nur ein „Potenzialraum“ und kein Vorranggebiet sind). Ebenso können solche Festlegungen insbesondere für „Städte der 2. Reihe“ (ZO außerhalb des BU und gut mit radialer Schienenanbindung aus Berlin erreichbar) deren Auftrag Siedlungsflächen für die Wohnungsversorgung vorrangig im Umfeld der Schienenthaltepunkte zu entwickeln und damit ihre Entwicklungs- und Stabilisierungsfunktion unterstützen. Auf Ebene der Landesplanung ist ein Kriterienset zu definieren, das eine einheitliche Festlegung auf Ebene der Regionalplanung ermöglicht

#### Ziele

- Konzentration der Siedlungsentwicklung auf gut angebundene, versorgungsstarke Standorte
- Steuerung der Suburbanisierung und gezielte Entwicklung von Wachstumsräumen
- Entlastung überlasteter Ballungsräume durch Stärkung von Standorten mit Entwicklungs- und Stabilisierungsfunktion
- Verknüpfung von Mengen- und Standortsteuerung

#### Wirkungsgrad / Implementierungsaufwand / Querbezüge

Wirkungsgrad	hoch (bei gebietsscharfer Festlegung und Kopplung mit Mengengerüsten)
Implementierungsaufwand	mittel (v. a. bei regionalplanerischer Umsetzung und interkommunaler Abstimmung)
Querbezüge (Synergien)	Mengengerüste, Dichtevorgaben, Planungsstrategien, Zielabweichungen, Förderung, Monitoring

#### Good Practice Beispiele

- LEP Hessen: Ausweisung von Vorranggebieten „Siedlung Bestand und Planung“ in den Regionalplänen mit Fokussierung auf zentrale Orte mit SPNV-Anbindung.
- Regionalplan Stuttgart: Vorranggebiete für Siedlungsentwicklung mit Anbindung an Entwicklungsachsen, Wohnsiedlungsentwicklung außerhalb nur in Ausnahmefällen.
- LEP Schleswig-Holstein: Zentrale Orte explizit als Schwerpunkte für Wohnbaulandentwicklung ausgewiesen.

#### Leitfragen für die weitere Ausgestaltung

- Welche Kriterien können für Vorranggebiete landesweit bzw. regional einheitlich definiert werden?
- Welche Kriterien definieren einen besonders „qualifizierten“ Siedlungsschwerpunkt mit „geeigneten“ Infrastrukturknoten für Vorranggebiete?
- Wie lassen sich die Städte der 2. Reihe stärker in ein Steuerungssystem einbinden?

## 4. Mindestdichtevorgaben

### Instrumentencluster / Handlungsfeld

Weiterentwicklung Landes- und Regionalplanung

### Instrumententyp

Formeller Instrumentenansatz

### Kurzbeschreibung

Mindestdichtevorgaben sollen die effiziente Flächennutzung sicherstellen, den Flächenverbrauch begrenzen und die Auslastung bestehender Infrastrukturen verbessern. Sie können differenziert nach Raumtyp, Zentralitätsstufe oder Entwicklungskontext ausgestaltet werden. Grundlage sind entweder pauschale Werte (z.B. WE/ha) oder Vorgaben, die sich an spezifischen kommunalen Strukturen orientieren. Die Vorgaben können regional verortet (Vorranggebiete) und beispielsweise mit einer gestaffelten EEO verknüpft werden, so kann die Zielgenauigkeit des LEP-Mengengerüsts erhöht werden. Im LEP HR existieren derzeit nur Empfehlungen für flächensparende Baudichten in der Begründung, keine verbindlichen Dichtevorgaben für die kommunale Bauleitplanung – anders als in mehreren anderen Ländern.

### Ziele

- Sicherung flächensparender Siedlungsentwicklung
- Effizienzsteigerung in der Nutzung ausgewiesener Wohnbauflächen
- Reduktion der Flächenneuanspruchnahme durch Verdichtung
- Planungs- und Nachweisgrundlage für Mengengerüste und Monitoring

### Wirkungsgrad / Implementierungsaufwand / Querbezüge

Wirkungsgrad	hoch (bei verbindlicher Umsetzung und Einbindung in Mengengerüste)
Implementierungsaufwand	mittel (v. a. bei Integration in Planungssystematik und Nachweispraxis)
Querbezüge (Synergien)	Mengengerüste, gestaffelte EEO-Regelungen, Monitoring, Innenentwicklung, Planungsstrategien

### Good Practice Beispiele

- Regionalplan Rhein-Neckar: Mindestdichtevorgaben als verbindlicher Bestandteil der Flächenbedarfsermittlung (bspw. 50–90 WE/ha je nach Raumtyp).
- Regionalplan Stuttgart: Mindestdichten als Ziel, kombiniert mit Aktivierungsquoten für die Innenentwicklung.
- LEP Saarland (Entwurf): Dichtevorgaben nach Gemeindegröße und Raumtyp als Bestandteil kommunaler Bedarfsnachweise.
- LEP Schleswig-Holstein: Keine pauschalen Dichtevorgaben, aber verbindliche Nachverdichtung als Voraussetzung für neue Außenentwicklung.
- LEP Hessen: Mindestdichtewerte in der Begründung zum Mengengerüst genannt, bislang aber ohne verbindlichen Übertrag auf die Bauleitplanung.

### Leitfragen für die weitere Ausgestaltung

- Welche Dichtewerte sind in welchen Raumtypen realistisch und angemessen?
- Wie lassen sich qualitative Kriterien (Wohnform, Gebäudetypen) berücksichtigen?
- Wie könnten Mindestdichten für bestimmte räumliche Lagen/Raumtypen bzw. Gemeindegrößen/-funktionen (rechtssicher) mit Nachweispflichten/Aktivierungsquoten für die Innenentwicklung gekoppelt werden?
- Welche Rolle spielt das Monitoring zur Überprüfung der Umsetzung?

## 5. Gestaffelte und/oder flexibilisierte Eigenentwicklungsoption

### Instrumentencluster / Handlungsfeld

Weiterentwicklung Landes- und Regionalplanung

### Instrumententyp

Formeller Instrumentenansatz

### Kurzbeschreibung

Eine gestaffelte Eigenentwicklungsoption (EEO) differenziert die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Flächen nach kommunalem Kontext und Qualität der Umsetzung. Sie konkretisiert die im LEP HR festgelegte 1-ha-/1.000-EW-Regelung durch eine Staffelung, die z. B. Dichteziele, Innenentwicklung oder Wohnbautypen als Umsetzungsqualität berücksichtigt. Damit könnte das sehr großzügige Mengengerüst des LEP HR zielgenauer und flächeneffizienter ausgestaltet werden, indem nur der tatsächlich nach rechnerischen Kriterien ermittelte örtliche Bedarf einer Gemeinde, der sich ausschließlich aus dem Bedarf der ortsansässigen Bevölkerung für Neu-, Ersatz- und Nachholbedarf ergibt (d.h. keine Berücksichtigung von Bevölkerungszuwächsen aus Wanderungsgewinnen) als erste Tranche ohne weitere Kriterien ermittelt wird. Eine zusätzliche zweite Tranche könnte ergänzend erfolgen, wenn zuvor festgelegte Dichteziele nachweislich erreicht und/ oder Innenentwicklungsbemühungen belegt sind. Eine Flexibilisierung wird erreicht, wenn nicht genutzte EEO-Kontingente innerhalb der Region an geeignete Standorte mit höherem Bedarf übertragen werden können (insbesondere an Nachbarkommunen z.B. im Rahmen von interkommunalen Kooperationen/ Entwicklungskonzepten). Dabei ist eine Bindung an ein regionales Kriteriengerüst (u.a. SPNV-Anbindung, Daseinsvorsorge, Realisierungsfähigkeit) und prioritär an raumordnerisch geeignete Standorte (z.B. Vorbehalts-/Vorranggebiete) notwendig.

### Ziele

- Förderung bedarfsgerechter, flächeneffizienter Entwicklung der Wohnbauflächen
- Bessere Steuerbarkeit durch qualitative und quantitative Anreize
- Abbau von Fehlanreizen durch planungsunabhängige Pauschalen
- Nutzung interkommunaler Synergien durch übertragbare Optionen in regionalem bzw. interkommunalem Kontext

### Wirkungsgrad / Implementierungsaufwand / Querbezüge

Wirkungsgrad	hoch (bei klarer Anreizlogik und Steuerungsbindung)
Implementierungsaufwand	hoch (rechtliche Anpassung, Monitoring, Steuerungsverfahren)
Querbezüge (Synergien)	Planungsstrategien, Mindestdichten, interkommunale Entwicklungskonzepte, Monitoring, Rückkopplung

### Good Practice Beispiele

- Freiburg-Modell: Übertragungsmodell zwischen Stadt und Umland zur Kompensation fehlender Entwicklungsflächen – formale Umsetzung scheiterte in diesem Fall, Beispiel verdeutlicht aber den Mechanismus.
- LEP Rheinland-Pfalz / Regionalplan Mittelrhein-Westerwald: Bedarfsermittlung und Flächenausweisungen gekoppelt an Dichtevorgaben – denkbar als Basis für gestaffelte Freigaben.

### Leitfragen für die weitere Ausgestaltung

- An welchen Kriterien könnte sich eine gestaffelte EEO-Regelung orientieren (z. B. Dichte, Wohnform, Lage)?
- Wie lassen sich Übertragungsmechanismen zwischen Kommunen rechtlich ausgestalten bzw. absichern?
- Wer steuert den Verteilungsausgleich – Land, Region, Kooperationsverbund?
- Wie wird ein Missbrauch dieser Regelungen (z. B. Flächenhortung) vermieden?

## 6. (Regionale) Planungsstrategien zur Wohnraumentwicklung

### Instrumentencluster / Handlungsfeld

Weiterentwicklung Landes- und Regionalplanung

### Instrumententyp

Informeller Instrumentenansatz (Modellprojekt)

### Kurzbeschreibung

Planungsstrategien können die Wohnsiedlungsentwicklung räumlich differenziert auf Ebene eines Teilraumes analysieren und die landesplanerischen Entwicklungsintentionen regional wirksam übersetzen. Sie können als informelle Instrumente die formelle Planung auf Regionalebene vorbereiten bzw. unterstützen, indem sie z.B. eine fachlich fundierte und mit den Kommunen abgestimmte Grundlage für zukünftige Festlegungen regionaler Wohnraumziele schaffen. Ebenso könnten ermittelte Flächenpotenziale oder vorhandene Vorbehaltsgebiete nach Realisierungswahrscheinlichkeit vertiefend geprüft (Flächenverfügbarkeit, EEO-Konformität, Eigentumslage) und zu potenziellen Zielfestlegungen weiterentwickelt werden (Vorranggebiete). Weitere Instrumente könnten regional abgestimmt zum Einsatz kommen und ggf. als Modellprojekt (z. B. zu Mindestdichtevorgaben, gestaffelter und/oder flexiblierter EEO) umgesetzt werden. Mit Planungsstrategien könnte die Wohnraumentwicklung somit auf freiwilliger Basis nach landesplanerischen Vorgaben bzw. Kriterien in regionalen Teilräumen unterstützt werden.

### Ziele

- Entwicklung abgestimmter Strategien in Teilräumen mit besond. angespannten Wohnungsmärkten
- Priorisierung geeigneter Entwicklungsräume und Auswahl geeigneter Siedlungsstandorte zur Vorbereitung von Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete (Festlegung in Regionalplänen)
- Entlastung überlasteter Ballungsräume durch Stärkung von Standorten mit Entwicklungs- und Stabilisierungsfunktion
- Bessere Kopplung von Bedarf, Standort und Infrastruktur
- Identifizierung von Teilräumen für vertiefte Prüfungen oder besondere Abstimmungsbedarfe

### Wirkungsgrad / Implementierungsaufwand / Querbezüge

Wirkungsgrad	Hoch
Implementierungsaufwand	mittel bis hoch (Analyse-, Abstimmungs- und Festlegungsprozesse erforderlich)
Querbezüge (Synergien)	Mengengerüste, Dichtevorgaben, Innenentwicklung, Vorranggebiete, Monitoring, Förderkulissen, Zielabweichungen, Austausch/Rückkopplung

### Good Practice Beispiele

- LEP Saarland (Entwurf): Zielabweichungen oder Sonderregelungen möglich, wenn gemeinsame regionale Lösungen zur Wohnraumbereitstellung vorgelegt werden.
- LEP Schleswig-Holstein: Ziel „Siedlungsachsen“ werden regional konkretisiert; Regionalplanung übernimmt verbindliche Ausgestaltung (Begrenzungslinien, Zäsuren).
- Regionalplan Rhein-Neckar: Regionale Differenzierung des Bedarfs über standardisierte Zuwachswerte, Kategorisierung von Kommunen, Flächenfestlegungen gemäß Infrastruktur und Zielen.

### Leitfragen für die weitere Ausgestaltung

- Wie verbindlich sollen regionale Wohnraumziele und Flächenfestlegungen sein?
- Welche Rolle spielen bestehende Planungsinstrumente bei der Umsetzung dieser Strategien?
- Inwiefern können noch nicht in Raumordnungsplänen festgelegte formelle Instrumente (z.B. Mindestdichten) in informellen Strategien erprobt werden (z.B. Modellprojekt)?
- Wie lassen sich Entwicklungsspielräume für Kommunen trotz regionaler Festlegungen erhalten?

## 7. Flächenbezogenes Raumbesobachtungssystem

### Instrumentencluster / Handlungsfeld

Datenmanagement und Monitoring

### Instrumententyp

Informeller Instrumentenansatz (flankierend)

### Kurzbeschreibung

Ein einheitliches flächenbezogenes Raumbesobachtungssystem dient der kontinuierlichen Erhebung, Aufbereitung und Nutzung von Flächendaten. Dabei werden insbesondere Baulandpotenziale, Planungsstände, Innenentwicklungsmöglichkeiten sowie Hemmnisse und Zielerreichung betrachtet. Es schafft die Grundlage für eine transparente, evidenzbasierte Steuerung, ermöglicht Rückkopplung in Planung und Politik und kann eine Kopplung von Förderzugängen, Mengengerüsten und Zielabweichungen absichern. Zudem leistet es einen Beitrag zur Sensibilisierung der kommunalen Ebene und zur Qualifizierung raumordnerischer Festlegungen. Zentraler Aspekt dabei ist, dass das System einheitlich ist und alle Planungsebenen damit arbeiten. Speziell für kleinere Kommunen eröffnet sich so die Möglichkeit ein eigenverantwortliches Flächenmanagement zu betreiben. Die Daten müssen dabei neben den notwendigen Quantitäten auch wichtige Qualitäten abbilden können. Für den landesplanerischen Vollzug könnte diese Grundlage eine Unterstützung bei der Beurteilung von Planungen darstellen.

### Ziele

- Verbesserung der Datengrundlagen für Mengensteuerung und Innenentwicklung
- Rückkopplung zur Zielerreichung, Basis für Steuerung und Ausnahmen
- Stärkung der Verhandlungs- und Steuerungsfähigkeit der Raumordnung
- Transparenz und Vergleichbarkeit zur Unterstützung kommunaler Entscheidungen
- Erleichterung der Anrechnung von Altplanungen bei EEO-Regelung
- Bewusstseinsförderung für planerischen Handlungsbedarf
- Unterstützung kleinerer Kommunen für aktives Flächenmanagement zur Wohnraumaktivierung

### Wirkungsgrad / Implementierungsaufwand / Querbezüge

Wirkungsgrad	mittel bis hoch (bei Kopplung mit Instrumenten)
Implementierungsaufwand	mittel (v. a. technische, personelle und datenschutzrechtliche Herausforderungen)
Querbezüge (Synergien)	Mengensteuerung, Zielabweichung, Förderung, Kompetenzstärkung/Beratung, Plantransparenz

### Good Practice Beispiele

- Rheinland-Pfalz: Monitoring auf Basis von Flächenrecycling-Indikatoren zur Bewertung regionaler Zielerreichung.
- LEP Hessen: Monitoring ist formal vorgesehen, hat aber eine geringe Bindung an Maßnahmen.
- RROP Hannover / Regionalplan Rhein-Neckar: Nutzung digitaler Bilanzierungswerkzeuge zur Kontrolle realisierbarer Flächen vor Neuausweisung.

### Leitfragen für die weitere Ausgestaltung

- Welche Mindestindikatoren müssen abgebildet werden?
- Welche Rolle übernimmt die Regionalplanung bei Auswertung und Kommunikation?
- Welche Anreize oder Pflichten braucht es für eine stärkere kommunale Mitwirkung?
- Wie lässt sich die Nutzung des Systems mit Zielabweichungen oder Förderkulissen verknüpfen?